

# Saale-Zeitung.

Funfundvierzigster Jahrgang.

Angaben

werden die 6000000 Kolonialwaren  
aber deren Raum mit 80 Bg., 1000  
aus Halle mit 20 Bg., besetzt und im  
untern Annahmestellen und allen  
Kolonialwaren Expeditionen angenommen.  
Reklamen die Seite 75 Bg. für Halle,  
anzahlend 1 Mt.

Ercheint täglich zweimal,  
Sonntags und Feiertage ausser.

Redaktion und Haupt-Verwaltung:  
Halle, Gr. Brauhausstrasse 17;  
Verlagsdirektion: Markt 24.

**Bezugspreis**  
Für Halle vierteljährlich bei postmaler  
Einsendung 2,50 Mk., wenn die Post  
3,25 Mk. enthält. Belegungsgebühren,  
Bestellungen werden von allen Reichs-  
postanstalten angenommen.  
Um amtlichen Zeitungs-Ergebnis  
unter „Saale-Zeitung“ eingetragen.  
Für unterlagene eingehende Manuskripte  
wird keine Gewähr übernommen.  
Redaktion nur mit Couvertengabe;  
„Saale-Blatt“ gefaltet.  
Bezahlbar bei Redaktion Nr. 1149;  
bei Angelen - Abteilung Nr. 170; bei  
Kolonialwaren-Expedition Nr. 1153.

Nr. 444.

Halle a. S., Donnerstag, den 21. September.

1911.

## Die Düsseldorf Wahl.

L. C. Die Erziehung in Düsseldorf hat das Ergebnis gezeigt, das vielfach vorher vermutet wurde. Es ist der Sozialdemokratie nicht gelungen, das Mandat im ersten Wahlgange zu erobern, aber sie hat den erwarteten starken Stimmzuwachs erhalten. Andererseits zeigt das Zentrum einen bemerkenswerten Stillstand in seiner Entwicklung. Und was die Kandidaturen der demokratischen Vereinigung und des reaktionären Mischmaschs anbetrifft, so sind auf sie die rund 3000 Stimmen gefallen, die auch ein weniger guter Prophet ihnen voraussetzen konnte. Die Tatsache, daß von den über 100 000 Wahlberechtigten trotz lebhaftester Agitation nur 70 000 an der Wahl teilgenommen haben, liefert ferner den Beweis, daß die nationalliberale Wählerkraft in erheblichem Umfange der Wahlurne ferngeblieben sein muß. Alle diese Ergebnisse der Wahl sind nicht weiter überraschend. Aber trotzdem bietet die Düsseldorf Affäre lehrreichen politischen Stoff. Sie zeigt zunächst, daß die Sozialdemokratie nach wie vor von den innerpolitischen Schwierigkeiten und von der heranwachsenden Teuerung profitiert. Aber man darf den sozialdemokratischen Erfolg auch nicht überschätzen. Bemerkenswert ist in dieser Beziehung, daß der „Vorwärts“ in seiner gestrigen Nummer den Erfolg der Sozialdemokratie durchaus nicht mit den sonst üblichen tollenden Panzerentwürfen beglückwünscht, sondern sich sehr reserviert ausdrückt. Bei einem Wachstum der Bevölkerung um 16 000 Wähler ist das sozialdemokratische Plus von rund 5500 Stimmen um so weniger überraschend, als in dieser Zahl eine nicht unbeträchtliche Menge von freisinnigen und wohl auch nationalliberalen Stimmen steckt. Man sieht: die sozialdemokratischen Räume wachsen, aber sie wachsen doch nicht in den Himmel!

Das Zentrum ist drauf und dran, einen seiner festesten Stütze im Rheinlande zu verlieren. Es kommt trotz ungeheurer Anstrengungen in diesem zwar zu über zwei Drittel fasthölischen, aber stark indistinkten und lästigen Wahlfreie nicht mehr vorwärts. Aber andererseits: es ist doch bewundernswert, wie die Partei sich stimmennähig zu halten versteht, auch da, wo die Zeitverhältnisse für sie ungünstig liegen und die von ihr aufgestellte Kandidatur so viel Angriffsflächen bietet, wie die des Kandidators Dr. Friedrich, der Hanjandmitglied und Hanjandgegner zugleich war. Die träge Masse des Zentrums bröckelt nur sehr wenig ab; aber es ist doch schon ein gutes Zeichen, daß die Partei Neuland in den Herzen der Wählerschaft nicht mehr erobern zu können scheint. Jedenfalls sollte die Düsseldorf Wahl den liberalen Parteien Mut machen, den Zentrumsturm auch da zu attackieren, wo er noch fester zu sein scheint, als in Düsseldorf. „Steter Tropfen höhlet den Stein!“ Von diesem Standpunkt aus behauert wir es — wir dürfen es jetzt ruhig sagen —, daß die entsetzten Liberalen des Wahlkreises mit Mühe auf die sich der Stimme enthaltenden Nationalliberalen es nicht unternommen haben, diesmal einen eigenen Kandidaten laufen zu lassen. Er hätte bei der Situation im Kreise sicherlich auf einen starken Wahlungserfolg rechnen können und dem Zentrum gezeigt, daß es auch von dieser Seite her mit einem gut gewappneten Gegner zu tun hat.

Die Aktion der demokratischen Vereinigung ist genau so gründlich schiefgeschlagen, wie man es ihr vorausgesetzt hätte. Diese Partei, die kaum einen anderen Lebenszweck kennt, als den, der Sozialdemokratie die Steigbügel zu halten, hat mit ihrer von vornherein ganz aussichtslosen Kandidatur nichts anderes erreicht, als daß die Sozialdemokratie um ihren sonst unermüdlichen Sieg im ersten Wahlgange gebracht wurde und das Zentrum die Chance bekamen hat, vielleicht doch noch in der Stichwahl mit Zufallsnahme aller demagogischen Ränke und der Spekulation auf die nationale Gefinnung das Mandat zu retten. In der Praxis hat also in der Tat, wie von Seiten der fortschrittlichen Volkspartei stets betont worden war, die demokratische Kandidatur nur zugunsten des Zentrums gearbeitet, was doch sicherlich den Intentionen der kleinen Gruppe durchaus widerspricht. Die Sozialdemokraten Düsseldorf werden es jedenfalls ihren Freunden sehr wenig danken, daß sie sie in die Zwangslage eines zweiten Wahlganges versetzt haben, anstatt sofort für sie zu stimmen. Die Düsseldorf Lehre wird aber wohl für die Herren von der demokratischen Vereinigung eine ernüchternde Wirkung ausüben.

Weher die mehr auf karnevalistischem Gebiete liegende Kandidatur der reaktionären Kleinbürger aller Schattierungen und ihren glänzenden Mißerfolg braucht nicht weiter gesagt zu werden. Ein Wort der Beleuchtung verdient noch das Verfallsamt des Zentrums zum Hanjand. Es scheint Tatsache zu sein, daß das Zentrum in ernste Verhandlungen mit dem Hanjand wegen der Unterbringung der Kandidatur Friedrich eingetreten ist. Eine solche Unterbringung aber wurde abgelehnt. Wenn man bedenkt, in welcher gefählichen Weise das Zentrum in Presse und Parlament den Hanjand als angelegliche Goldquelle der liberalen Parteien bekämpft hat, wie ihm kein Mittel der Demagogie schlecht genug war, um das selbstverständliche, auch finanzielle Eintreten des Hanjandes für seine Bestrebungen zu ver-

höhnern und zu verspotten, so kann die Charakterlosigkeit nicht scharf genug gebührend werden, mit der dieselbe Partei hier denselben Hanjand um seine Hilfe angegangen hat. Die Gegner des Zentrums haben hier ein Agitationsmittel in die Hand bekommen, dessen sie sich nur zu bedienen brauchen, um ohne viel weitere Worte den Wählern das Zentrum in seiner wahren Gestalt zu zeigen: in der Gestalt der Zweideutigkeit und der inneren Unwahrscheinlichkeit!

Die Stichwahl für den Reichstagswahlkreis Düsseldorf ist auf Freitag, den 29. Sept., festgesetzt.

## Saale-Zeitung.

Älteste fortschrittliche und bedeutendste partei-  
politische Zeitung der Provinz Sachsen. —  
Erscheint im 45. Jahrgang! Täglich zwei  
Ausgaben.

Ausführliche Behandlung aller politischen Tages-  
fragen. — In der Marokkoaffäre hat die  
„Saale-Zeitung“ erst in jüngster Zeit Infor-  
mationen veröffentlicht, die aus erster Quelle  
stammten und die nachher von führenden poli-  
tischen Blättern des Deutschen Reiches ver-  
breitet worden sind.

### Hervorragende schnelle tele- graphische Berichterstattung.

### Ausführliche Berichte aus dem Deutschen Reichstag und dem Preussischen Landtag.

Der sorgfältigst bearbeitete volkswirtschaft-  
liche und Handelsteil erfreut sich besonderer  
Wertschätzung der Industrie-, Finanz- und  
Handelskreise.

Jede Morgen-Ausgabe enthält einen  
eine volle Seite umfassenden Kursbericht, ferner  
ein ausführlich geschriebenes Stimmungsbild der  
Berliner Börse, — jede Abend-Ausgabe die  
nachmittags 2 Uhr festgestellten telegraphisch  
übermittelten Kurse der Börse, ausserdem einen  
kurzen, allseitig begrüßten Stimmungsbericht  
der Börse.

Der Unterhaltungsteil bringt neben fesselnden  
Romanen, Feuilletons usw., Berichte aus allen  
Gebieten des öffentlichen Lebens, der Literatur,  
Kunst und Wissenschaft. — Theater- u. Konzert-  
kritiken aus bewährter Feder.

### Die Saale-Zeitung ist somit das reichhaltigste und vielseitigste fort- schrittliche Blatt der Provinz Sachsen.

Man abonniert auf die Saale-Zeitung für das  
4. Quartal 1911 bei allen Postanstalten und Post-  
boten, in der Haupt-Expedition, Große Brau-  
hausstrasse 17 (Telephon 1133), oder bei den  
Zeitungsträgern.

Verlag der „Saale-Zeitung“.

## Die Lage der Verhandlungen.

In einem offiziös inspirierten und als solchen auch  
signierten Berliner Artikel bespricht sich die „Kölnische  
Zeitung“ in ihrer Mittagsausgabe vom 20. cr. mit den  
Marokkoverhandlungen und ihrer Einwirkung auf den deutschen  
Goldmarkt. Das rheinische Blatt führt u. a. aus:

Gleich beim Beginn der Verhandlungen kam man auf den,  
man darf wohl sagen, naiven Gedanken, Deutschland werde  
mit Freunden Marokko ausliefern, wenn dafür die Franzosen  
sich mit einem nennenswerten Kapitalbetrag an der Baga-  
dadbahn beteiligen würden. Nun ist ja keinen Augenblick  
in Abrede zu stellen, daß es der deutschen Finanzwelt ganz er-  
wünscht wäre, in dieser Frage mit Frankreich zusammenzugehen,  
wenn man aber Marokko und die Bagdadbahn miteinander ver-  
gleicht, so ergibt sich ohne weiteres, daß in der Wichtigkeit und  
ganzer Artung dieser beiden Fragen ein solcher Unterschied  
besteht, daß die Bahn, ganz abgesehen von andern Erwägungen,  
genau Marokko als ein auch nur nebensächliches in Betracht kom-  
mendes Ausleihungsobjekt gar nicht genannt werden kann.  
Geht Frankreich in dieser Frage mit uns, so ist es gut und er-  
freulich, will es es nicht, so werden wir uns auch anders zu  
behelfen wissen. Aus demselben schiefen Gesichtswinkel kommen

neuerdings die Heberereien in der französischen Presse, als ob  
die Zulassung deutscher Werte an der Pariser  
Börse als ein großes Glück für Deutschland zu betrachten  
sein würde, daß man darüber andere Entschädigungsansprüche  
abspähen könnte. Es kann in der Tat von Vorteil sein, wenn  
gewisse Wertpapiere auch an der Pariser Börse zugelassen wer-  
den, aber das ist eine Frage, die in erster Linie zwischen den  
beteiligten Finanzkreisen zu erledigen ist, und für die das  
Interesse der Regierung erst in zweiter und dritter Reihe  
kommt. Für die schönen Augen der Zulassungsstelle an der  
Pariser Börse sind politische Gesichtspunkte nicht zu erheben.  
Wichtigste Sache es mit der jetzt in Berlin fortgeführten verarbeiteten  
Behauptung, daß die Zurückziehung französischer Gelder  
aus dem deutschen Markt Deutschland politisch würde machen  
könnte. Als die Franzosen aus ihrem Kapitalüberschuß nicht  
unverzüglich Summen nach Deutschland haben, und als diese  
hier angenommen wurden, gefühllos, weil beide  
Seiten dabei ihre gefühlvolle Rechnung hatten. Bei der nied-  
tersten Auffassung, die in Finanzkreisen herrscht, wird man  
nicht sehr gehen, wenn man, wie die „Kölnische Zeitung“ be-  
reits betonte, annimmt, daß die jetzt erfolgte Zurückziehung  
französischer Gelder ebenfalls zum mindesten in erster Linie  
durch gefühlvolle Gründe bedingt wird. Die Franzosen brauchen  
Geld für Argentinien und auch für andere Plätze, und  
ziehen deshalb ihre nach Deutschland ausliegenden Gelder  
wieder in ihre Kassen. Sie tun das übrigens auch in London,  
woraus sich ohne weiteres ergibt, daß die ganze Operation einen  
vorwiegend finanziellen Charakter trägt. Den deutschen  
Banken, die französischen Geld aufzunehmen haben, wäre es  
bei der augenblicklichen Lage des Geldmarktes allerdings er-  
wünscht, wenn sie diese Gelder behalten könnten, sie sind aber  
durcheinand in der Lage, sich mit ihrer Zurückziehung abzufinden.  
Es geht auch so. Der durch eine gewisse, im übrigen nicht un-  
erklärliche Nervosität des Publikums herbeigeführte Kursrück-  
gang vieler Papiere, der übrigens, soweit es sich um solche  
Werte handelt, in absehbarer Zeit wieder ausgeglichen werden  
dürfte, ist nicht ein so großes Unglück, daß wir deshalb in Sad  
und Misge trauern und mit dem Strich um den Hals nach dem  
französischen Kassafließen müssen. Ein Zusammen-  
hang zwischen Politik und Finanzwirtschaft ist zweifellos  
vorhanden, aber wenn die Politik auch wünschen muß, die  
Finanzwirtschaft nicht zu stören, so kann sie sich in wichtigen  
Größenfragen ihr doch nicht unterordnen. Mit der politischen  
Befriedigung durch finanzielle Maßnahmen ist es also nicht,  
und die Franzosen täten besser, auch auf solche zweifelhaften  
Verweise zu verzichten.

Dann möchten wir noch einer Behauptung entgegenzutreten,  
die sich in der letzten Zeit in den Spalten der französischen  
Presse breit macht. Man sucht die Dinge so darzustellen, als ob  
in der jetzt schwebenden Verhandlungen Deutschland allein der  
nehmende und Frankreich der gebende Teil wäre. Das geht  
dennoch die wirkliche Lage vollkommen verfehlen. Die  
ganze Entwicklung der marokkanischen Frage  
hat auf den deutlichen gezeigt, wie großen Wert  
Frankreich auf seine unbeschränkte Herrschaft  
in Marokko legt. Ueber dieser Frage ist man wiederholt  
bis dicht an die Möglichkeit eines internationalen Zusammen-  
stoßes gegangen und Frankreich hat Millionen und Aber-  
millionen in den Expeditionen nach Adjaja und Casablanca,  
dann nach Fez und auch sonst aufgewendet. Das tut man nicht,  
wenn nicht ein allererstes Interesse in Frage kommt, und wenn  
es durch die gegenwärtigen Verhandlungen geföhrt, viele  
marokkanischen Interessen in einer Frankreich genehmen Weise  
zu regeln, so ist das ein großer Erfolg, daß man die Ge-  
währung einer Entschädigung nur natürlich ist. Be-  
sonnig ist die Lage in Deutschland ein wenig zu sein, und  
da auf dem Standpunkte, daß die Bagdadbahn und  
Marokko je so groß, daß für unsere politischen Rück-  
gang aus diesem Lande gleichwertige Entschädigungen überhaupt  
nicht gegeben werden könnten, daß aber vor allem das, was jetzt  
von Frankreich geboten bzw. von unserer Regierung angelehrt  
wird, durchaus nicht gleichwertig ist. Diese Richtung  
in Deutschland betrachtet Frankreich als den nehmenden  
Teil, und Deutschland als den gebenden Teil, sie steht also  
ganz auf dem entgegengesetzten Standpunkt wie die französischen  
Kolonialpolitiker. Zwischen beiden Auffassungen einen ver-  
ständigen, der ganzen Sachlage angemessenen und spätere  
Reibungen möglichst vermeidenden Weg zu finden, hat sich die  
deutsche Regierung zur Aufgabe gestellt, und man darf nach  
dem Gange, den die Verhandlungen angenommen haben, wohl  
annehmen, daß auch die französische Regierung dasselbe Ziel  
verfolgt. Wer schließlich bei diesem Handel am besten ab-  
schneidet, das wird man erst sehen können, wenn das End-  
ergebnis in aller Vollständigkeit vorliegt. Und auch dann  
werden die Vorteile auf beiden Seiten wahrscheinlich hart  
auszubalancieren. Es ist somit nicht für die Bagdadbahn,  
Frankreich nur gibt, und wir nehmen wirklich kein Bild vor-  
handen, und verständlicherweise sollte auch die französische Presse  
auf die Breitreue dieses Themas verzichten.

Paris, 21. Sept.

Die Informationen der maßgebenden französischen  
Blätter lassen erkennen, daß sich in den deutsch-französi-  
schen Verhandlungen zweifellos eine Wendung zum Vorne vollzogen hat und man sich auf dem  
Weg zur Verständigung befindet. Nach den ein-  
gegangenen Mitteilungen, so schreibt der „Matin“, können  
mer die wichtige Lösung der Verhandlungen mit  
Optimismus betrachtet. Was die Jurisdiktion in  
Marokko betrifft, so sind beide Regierungen  
bemüht, eine Formel zu finden, die beide Teile befriedigt.  
Die Abschaffung der Konsulargerichte soll im  
Prinzip anerkannt sein. Die französische Jurisdiktion  
wird eingeführt werden, sobald das Gerichtswesen voll-  
ständig organisiert sein wird. In diesem Punkte kann  
Deutschland den französischen Wünschen mit einigem guten

Wien entsagendommen. In deutschen Kreisen besteht die Ansicht, daß dieser gute Wille vorhanden ist. Wir glauben Grund zu haben zur Annahme, daß ihn Deutschland nicht nur durch Worte, sondern auch durch Taten bezeugen wird. Natürlich lauten in Paris allerlei Gerüchte herum. So wird gemeldet, Frankreich verweigere jede Landabgrenzung, was durchaus unwarhaft ist. Die beiderseitigen Noten über den Stand der Marotfrage bringen gleichfalls nicht die gewünschte Klarheit. Insofern ist man hier an den telegraphischen Nachrichten der Stimmungen bereits gewöhnt, so daß die neueren unglücklicheren Berichte nicht traglich genommen werden. Der „Temps“ fährt fort, Deutschlands wirtschaftliche Lage als tröstlich hinzustellen. Er besaßt die kleinste Zahlungseinstellung zu einem Millionenfuß. Auch die Finanzverwaltung des Reichsamt stellt der „Temps“ aus jeiten Besuchen hin, daß Deutschland dem Finanzstellen in Zusammenhang (1) entgegenstehe.

Zur Meldung des Wolffischen Telegraphenbureaus zur Verhinderung der Berliner Börse bezüglich Marotoff wird an maßgebender Stelle mitgeteilt, es müsse einem Ministerpräsidenten zugesprochen werden, wenn dem Unterstaatssekretär Zimmermann der Ausdruck in den Mund gelegt werde, daß die Marotoffangelegenheit in 2-3 Tagen erledigt sei. Einen bestimmten Termin hierfür habe der Unterstaatssekretär nicht genannt. Es wird als völlig ausgeschlossen bezeichnet, daß ein in den Gang der Verhandlungen eingeweihter Beamter des auswärtigen Amtes sich in so bindender Form geäußert habe.

### Unbefangener Würdigung der deutschen Diplomatie.

Die von Frankreich angestrebte Einheitspolitik des gesamten Gerichtsverfahrens in Maroff sowie die Abschaffung des Schiedsbeschlusses beschäftigt zurzeit auch andere Kabinette als Paris und Berlin. Ueber die Fähigkeit, mit welcher Deutschland die internationalen Rechte sowie das Prestige der Konvention vertritt, freut man sich in London, ohne dies direkt eingestehen zu wollen. Auch die in Maroff weniger interessierten Mächte begleiten sehr sympathisch diese deutschen Bestrebungen, deren Erfolg vorzugsweise davon abhängt, ob man sich hier endlich von der ungerühmten Besorgnis befreien kann, in den Konventionen nur Organe zur Untergrabung des künftigen französischen Protektorats zu erblicken. — Für das baldige Zustandekommen eines annehmbaren Marotoff-Abkommens spricht die interessante Tatsache, daß die Presse in Paris sich schon angelegentlich mit der Frage befaßt: Wann soll Deutschland von den abzutretenden Kongreßgebieten Besitz ergreifen? Die Antwort lautet: Selbstverständlich so spät als irgend möglich — doch muß bemerkt werden, daß immer dieser prüfungsähnliche Vorgang sich auf Informationen aus diplomatischen Quellen berufen kann. Die Pariser Nationalisten mochten trotz alledem noch Anfechtungen, um die Heimendung der Referenzen zu verhindern. Diesen Zweck verfolgt augenscheinlich auch der „Zentralblatt“, der eine überaus pessimistisch lautende Versicherung des Ministerpräsidenten Caillaux wiedergibt. Traglos wird ein Dementi erfolgen.

### Beschreibung einer Mannswaunförmigen Farm.

Die im Hinterland von Saffi, an der Karamanstraße nach Marakess, gelegene Mannswaunfarm Marakess wurde nach einer Meldung der „Köln. Ztg.“ in der Nacht zum Dienstag angegriffen. Auf der Mannswaunfarm befanden sich einer der Gebrüder Mannswaun und 6 andere Deutsche. Sowohl das Gehöft als auch das aus 7 Zellen bestehende Lager der Deutschen wurde heftig beschossen. An der Abwehr des Angriffs beteiligten sich die Deutschen und auch die eingeborenen Farmarbeiter.

## Deutsches Reich.

### Die Futternot.

(Mitte der Weimarer Regierung.)

§§ Man schreibt uns aus Weimar:

Die Regierung in Weimar hat, um die Futternot zu lindern, Mittel bis zum Betrag von 500 000 Mark zur Verfügung gestellt, um an Gemeinden Darlehen zu vergeben, mit deren Hilfe unbedeutenden kleineren Landwirten und Viehhältern durch Vermittlung der Notstandscommissionen Futter- und Einkaufsmittel beschafft werden sollen. Die Darlehen, die erst Ende des Jahres 1915 zurückgezahlt zu werden brauchen, werden den Gemeinden für die Zeit bis Ende September 1916 gegen eine Verzinsung von nur 2 und für die beiden darauffolgenden Jahre gegen eine Verzinsung von nur 3 vom Hundert gewährt. Die Zustimmung des Landtags zu diesem ermäßigten Zinsfuß mußte selbstverständlich vorzuziehen werden. Uebrigens wird im Großherzogtum in den Gemeinden, in deren Nähe Staatsforsten liegen, von der durch die Staatsforstverwaltung erteilten Genehmigung zur Entnahme von Malzrogg und Streu aus den Staatswaldungen ausgiebiger Gebrauch gemacht.

### Die Strafanzeige des Gemeindepfarrers der Frauenkirche in Charlottenburg

gegen die Offiziere des Elisabethregiments wegen Störung des Gottesdienstes des Pfarrers Kraack gibt dem Geheimen Kriegsrat Roman nochmals Bestätigung, im „Tag“ seine Behauptung zu wiederholen, daß sich jene Offiziere nicht strafbar gemacht hätten.

Er verfuhr dabei, die äußerst prägnante Beweisführung des Oberlandesgerichtspräsidenten Dr. Hamann, der bekanntlich in der „Deutschen Juristen-Zeitung“ die Straflosigkeit der Offiziere dargelegt hatte, zu widerlegen. Aber er tut dies mit äußerst unzureichenden Mitteln. Er behauptet nämlich, die Offiziere seien hier der einmaligen Nothwendigkeit ihres Zuns nicht bedingt gewesen, und sie hätten in erster Linie „voll und ganz“ das jedem Menschen freistehende Recht gehabt, sich der Fortsetzung von Gottesdiensten auf demselben Kirchengebäude und Emp-

findungen durch Entfernung zu entziehen. Sie hätten stets anderes getan, als das jedem Teilnehmer am Gottesdienst zustehende Recht ausübt. Diese Ausübung eines Rechtes aber enthalte keine unberechtigte Störung. Hier werden die Dinge doch vollständig auf den Kopf gestellt. Kein Mensch hätte etwas dagegen gehabt, wenn die Offiziere sich in persona ruhig und still aus der Kirche entfernt hätten, weil sie die Predigt nicht weiter mitanhören mochten. Sie haben aber nicht von diesem ihrem „Recht“ Gebrauch gemacht, sondern eine bezweckliche Störung des Gottesdienstes durch Säbelklingen und Abkommandieren der Gemeindeführer herbeigeführt. Eine solche Störung ist eben nicht mehr rechtmäßig, weil sie ohne Not in die Rechte anderer eingreift. Die Romanische Auffassung würde jedem Menschen das Recht geben, sich während aus der Kirche zu entfernen, und dies wäre praktisch die Aufhebung des § 167 des Str. G. B. Was völlig unethisch und die konzentrierten Kräfte über die Frage, auf welche Weise man die Straflosigkeit der Offiziere begründen könnte, zeigt die früher erwähnte Tatsache, daß ein Jurist in dem „Kriegs-Tag“ eine Beweiskraft in 11 Romanen war, aber absehte, dafür aber geltend machte, die Offiziere hätten aus — dienlichen Gründen den Abmarsch aus der Kirche effektuieren dürfen!

### Die Votlage der unteren Beamten.

Wie wir erfahren, hat der Bund der Militärärzte und Militärärzten der unteren Beamten Deutschlands, St. Saarländ. Dörmel, nur kurzem eine Eingabe an den Reichstag gerichtet. In derselben fragt der Bund an, was der Herr Reichstagler zu tun gedenke, um die beschriebene Votlage der unteren Beamten zu lindern. Zur Begründung wird angeführt:

„Infolge der in letzter Zeit erfolgten erheblichen Steigerung der Lebensmittelpreise gehen dem Bund täglich Schritten zu, daß die Votlage der unteren Beamten sich täglich steigert und es fast nicht mehr möglich ist, mit dem jetzigen Einkommen die Familie ernähren zu können.“

Wenn man sich das Gehalt eines unteren Beamten näher ansieht, so stellt man fest, daß unter diesem Stande mindestens die Hälfte Militärärzte und -Invaliden lebt, welche längere Jahre, 12 und noch mehr Jahre, im Seere dienen, ein Gehalt von 1100—1700 Mark in 18 bzw. 21 Jahren erziehen und eine Familie im Durchschnitt von 6—7 Köpfen zu ernähren haben. Das ergibt bei einem Einkommen von 1100 Mark 0,43, 1200 Mark 0,47, 1300 Mark 0,51, 1400 Mark 0,55, 1500 Mark 0,59, 1600 Mark 0,62, 1700 Mark 0,66 Mark pro Kopf und Tag.

Bemerkenswert ist, daß der größte Teil dieses Beamtenverhältnisses nicht erreicht.

Es wird hier Bezug genommen auf die Ausführungen eines Landtagsabgeordneten (siehe stenograph. Bericht des Landtages 54. Sitzung vom 21. März 1911, Sp. 4635/36) über die Schwierigkeiten des Militärs mit gleicher Kraftzahl, wo durchmäßig nachgewiesen wird, daß die Familie in einem Jahre 1888,64 Mark nur für Lebensmittel verausacht hat und der Referent zu dem Resultat würdiger spricht: „Ich glaube, man kann nicht verlangen, daß sich eine Familie noch größere Einkünfte aufweist, wenn man ihr überhaupt noch menschenwürdiges Dasein zubilligen will.“ Dieser Ansicht schlossen sich fast alle Redner der Parteien an.

Wenn man nun das Gehalt eines unteren Beamten den Ausgaben eines Arbeiters gegenüberstellt, so ergibt sich, daß der untere Beamte fast 500 Mark weniger Gehalt als der Arbeiter in einem Jahre hat. Aus diesem Vergleich ist wohl die Votlage der unteren Beamten zur Genüge ersichtlich.

### Schon wurden englische Spione.

In Emden wurden schon wieder zwei englische Offiziere beim Fotografieren des Außenhafens verhaftet. Darüber wird uns berichtet:

Emden, 20. Sept. Gestern nachmittag wurden zwei englische Offiziere beim verdächtigen Fotografieren im Emdener Außenhafen verhaftet und im hiesigen Gericht interniert. Nach einigen Stunden wurden beide indes wieder freigelassen. Sie sind in einem hiesigen Hotel wohnhaft, wo beide scharf beobachtet werden.

Emden, 20. Sept. Die beiden englischen Spione, die wegen angeblicher Spionage verhaftet, dann aber zunächst wieder freigelassen wurden, sind jetzt auf Veranlassung des Oberreichsanwalts in Berlin festgenommen und dem Polizeigefängnis zugeführt worden. Heute nachmittag wurden sie dem Staatsanwalt aus Utrecht zur Vernehmung zugeführt.

### Uebergangsabgabe bei der Bierzufuhr.

Die bei der Einfuhr von Bier aus einem anderen deutschen Brauereigebiet in das norddeutsche Brauereigebiet zu entrichtende Uebergangsabgabe beträgt jetzt 5 Mark für 1 Hektoliter. Diejenige Abgabe, die die Annahme einer Malzvermehrung von 25 Rg. auf 1 Hektoliter Bier zugrunde, woraus sich unter Anwendung des höchsten zulässigen Steuerfußes von 20 Mark für 1 Doppelzentner Malz der bezugsfreie Betrag ergibt.

Durch Bescheid vom 22. Juni d. J. hat der Bundesrat neue Grundsätze für die Regelung der Uebergangsabgabe aufgestellt, nach denen die Abgabe vom 1. Oktober d. J. ab nach der Malzmenge zu heben ist, die im Herstellungslande der Rückvergütung bei der Ausfuhr des Bieres zugrunde gelegt ist. Gleichzeitig ist anordnet, daß die Rückvergütung grundsätzlich in vollem Betrage zu gewähren und die für das ausgeführte Bier verwendete Malzmenge von der Behörde des Ausfuhrlandes im Abfertigungspapier anzugeben ist. Insofern soll bei der Berechnung der Uebergangsabgabe in den zwei ersten Jahren nach dem 1. Oktober d. J. mindestens eine Malzmenge von 22 Rg. für die spätere Zeit mindestens eine Malzmenge von 21,5 Rg. für 1 Hektoliter Bier zugrunde gelegt werden.

Hierzu beträgt die Uebergangsabgabe für das in das norddeutsche Brauereigebiet eingeführte Bier vom 1. Oktober d. J. ab mindestens 4,40 Mark, vom 1. Oktober 1913 ab mindestens 4,30 Mark. Beim Eingange von Bier, dessen Malzgehalt die bezugsfreie Mindestmalzmengen übersteigt, sind zunächst etwaige Uebergangsabgaben auf halbe Rg. abzugeben und die hierauf unter Anwendung des höchsten Satzes der Brauereistafel der anzuwendende Uebergangsabgabefuß zu berechnen. Bier, dessen Malzgehalt 1 Rg. zu 24,8 Rg. angegeben ist, würde

also einer Uebergangsabgabe von 4,90 Mark für 1 Hektoliter zu unterwerfen sein.

Entfällt das Abfertigungspapier keine amtliche Angabe über die Höhe der Malzvermehrung, so soll diese zu 20 Rg. angenommen werden, so daß die Uebergangsabgabe in einem solchen Falle 6 Mark betragen würde.

### Kleine vermischte Nachrichten.

Der liberale Reichstagskandidat für Danzig Kommerzienrat Münchberg ist an einem schweren Nierleiden erkrankt. Münchberg kandidiert an Stelle des bisherigen Abgeordneten Kommler, der auf eine Wiederabfertigung verzichtet hat. — Für die beiden Luftschiffbataillone, die in Königsberg i. Pr. und in Köln a. Rh. am 1. Oktober neu errichtet werden, gibt das Luftschiffbataillon in Berlin und Tegel als Stamm je zwei Offiziere, vier Unteroffiziere und dreißig Mann ab. Diese verlassen Tegel bereits am nächsten Freitag und fahren sofort nach ihren neuen Standorten. — Auf Antrag des Vorstands der Deutschen Bank hat der Aufsichtsrat beschlossen, den Besuchen der Bank, deren Jahresgehalt 6000 Mark nicht übersteigt, eine einmalige Teuerungszulage in Höhe eines halben Monatsgehältes zu gewähren. — Die Stadtverordneten in Königsberg i. Pr. beschließen, die gehobenden Rührerleistungen des Reichs und des Staates um Aufhebung der Futtermittels- und Deckung der Grenzen für die Preissteigerung zu erlassen. — Der Vereinigte Birmanens erhebt gegen die ungerühmte Erhöhung des Milchpreises auf 25 Pf. energisches Protest und erklärt es als ein geradezu freventliches Spiel mit der Volksgeldtheit, wenn verächtlich den bisherigen deutschen Höchstpreis in dieser erkrankten Weise weiter zu treiben. Er fordert die Bevölkerung von Birmanens auf, sich unerschrocken, ohne Ansehen der Partei, zusammenzuschließen und, abgesehen von der für Gängelung bestimmten Milch, ihren Bedarf aus das Notwendigste einzukaufen und ausschließlich durch Milchkonsumen zu decken, solange, bis wieder der für die Stadt normale, wenn auch sehr hohe Milchpreis von 24 Pf. pro Liter garantiert ist.

### Heer und Flotte.

#### Fünfzigjähriges Dienstjubiläum des Generalobersten von Welfen.

Generaloberstmajor Hans v. Welfen, Kommandant des 1. Infanterie-Regiments, befehligt heute den Tag, an dem er vor 50 Jahren in den Dienst trat.

Der Jubilär ist am 21. November 1841 zu Spandau geboren und wurde am 21. September 1861 als Fahnenjunker ins Kaiser-Franz-Garde-Grenadier-Regiment Nr. 2 eingereiht. Am 11. November 1862 wurde er Leutnant, als Adjutant des 2. Bataillons machte er den Feldzug gegen Ostpreußen mit und zeichnete sich so aus, daß er mit dem Roten Adlerorden 4. Klasse mit Schwertern dekoriert wurde. Im Feldzug 1870 war er Adjutant der 34. Infanteriebrigade und erhielt das Eisenerkreuz 2. Klasse. Am 16. April 1872, als Hauptmann in den Großen Generalstab versetzt, kam er 1877 zum Generalstab der 1. Garde-Infanterie-Division, in welcher Stellung er zum Major befördert wurde. 1879 wurde v. Welfen zum Flügeladjutanten Kaiser Wilhelms I. ernannt und hatte denselben Posten 1888 bei Kaiser Friedrich III. Dann befehligte er bis zum Jahre 1891 das 1. Garde-Regiment, als Generalmajor stand er an der Spitze der 55. Infanteriebrigade. Am 29. Dezember 1892 wurde er zum diensttuenden General a la suite des Kaisers und Kommandanten des Hauptquartiers ernannt. Als solcher wurde er 1895 zum Generalleutnant und diensttuenden Generaladjutanten, 1899 zum General der Infanterie und 1903 zum Generalobersten. Am Neujahrstage dieses Jahres erhielt er den Rang als Generalfeldmarschall.

#### Hot- und Personalmeldungen.

Die Kaiserin ist mit der Prinzessin Viktoria Luise im Hofzug um 2 Uhr 15 Minuten von Coblenz nach Kominten abgereist. Der Kaiser ist gleich darauf im Automobil zum Besuche des Grafen Lehnardt nach Preuß abgereist. — Handelsminister Dr. Sadow und die Ministerialräte v. Welfen, Dr. Geppert und Polenz trafen gestern abend zur Einweisung des neuen Oberbergrats in Prag ein. — Der Herzog und die Herzogin von Koburg und Gotha haben sich zu längerem Tagesaufenthalt nach Ungarn begeben.

### Ausland.

#### Die Krisis in Spanien.

Als in Portugal die Revolution ausbrach, wurden in den spanischen Regierungskreisen verschiedentlich Stimmen laut, die auf eine revolutionäre Umwälzung der spanischen Verhältnisse hindeuten. Eine Bewegung, die sich auf einige Vorkämpfer beschränkte, wurde anfangs von der spanischen Regierung unterdrückt. England war es, das in verschiedenen offiziellen Noten Spanien auf die fortschreitende Gärung im Reiche aufmerksam machte. Der Generalausland, der nunmehr von dem allgemeinen Arbeiterverband für ganz Spanien proklamiert worden ist, hat jetzt endlich der spanischen Regierung die Augen geöffnet. Schon befindet sich das Land in Belagerungszustand. Die Vorkämpfer haben sich zu anarchischen Revolutionären Bewegungen ausgewandert. Diesmal hat sich die Propaganda der Extremen der Extremen auch auf früher friedliebende Spanier ausgewandert und so die Krise noch mehr verschärft. In Carcagente und Alira wurde bereits die Kommune ausgerufen. Eisenbahnen, Telegraphen und Brücken wurden zerstört. Gegen die Drohnen in den Städten müht das heillosste Volk mit besonderer Leidenschaft; Richter, die dem Gesetz Geltung verschaffen wollen, werden erschossen, man wirft Dynamit in die Gebäude des Staates, sengt und plündert. In Sevilla kranken Streikende sogar einen Zug zur Entgleisung, indem sie große Steinblöcke auf die Schienen wälzten. Mehrere Personen wurden bei der Entgleisung verletzt. In derselben Stadt gab die Menge vor das Kinngebäude des Credit Lyonnais, um es auszulündern. Den herbei-

Die beste Freundin der Frauen ist die Mühseligkeit, denn sie zehrt ihnen seine Kraft und Schönheit und konzentriert den Zeit. Zugleich ist die Mühseligkeit.

erfunden Truppen gelang es aber, den Raub zu verhindern. In Valencia war die Gendarmerie und die Polizei seitweiliglich machtlos gegen die Menge, welche die Straßen durchzog und rief: „Es lebe die soziale Revolution und die Marsch. Nieder mit dem Kapital!“

In England hegt man bereits die ernstesten Befürchtungen um die spanische Monarchie. Es meldet ein Telegramm aus London:

In diesen offiziösen und Citykreisen hegt man sehr ernste Befürchtungen über den Ausgang spanischer Streikrevolte. Man spricht davon, daß der Thron in Mitleidenschaft gezogen werden könnte. Die Verleserung bei Lyon gegen den Vizekönig der spanischen Monarchie hat die sehr hohe Quote von 25 Proz. erreicht.

Wie aus Madrid weiter gemeldet wird, belegen die letzten Meldungen aus der Provinz, daß in Barcelona, Bilbao, Sevilla, Saragossa und Valencia Ruhe herrscht; doch dauern die Verhaftungen überall fort. Der Ausstand findet in Huonon Widerstand. Aus mehreren Gemeinden in den Provinzen Bittoria und Valencia werden Anruhen gemeldet. Bei einem Teile der Bevölkerung in Jativa und Saragossa zeigt sich eine neue revolutionäre Bewegung; öffentliche Gebäude werden in Brand gesteckt und Schienenwege zerstört.

Madrid, 21. Sept. Die allgemeine Streikbewegung scheint zwar geheitert zu sein, doch bleibt die Lage sehr ernst, weil ein Aufstand der Republikaner zu befürchten ist, falls die Regierung die Maritopolitik fortsetzt. Die Republikaner sowie die radikale Gruppe der liberalen Partei sandten dem Ministerpräsidenten Canalejas eine scharfe Abfrage. Man glaubt, das Ministerium werde den Zusammenstoß der Cortes nicht erleben.

### Die blutigen Ereignisse in Wien

wurden bereits in dem zu einer kurzen Session zusammengetretenen niederösterreichischen Landtag lebhaft besprochen. Im Namen der christlich-sozialen Mehrheit brachte Abg. Steiner einen Dringlichkeitsantrag ein, nach dem durch die Ausschreitungen verursachte Schäden durch staatlichen Kostendeckung vergütet werden soll. Steiner griff die sozialdemokratische Partei an, die hinter den Ereignissen des Sonntags stehe. Im weiteren Verlaufe der Debatte protestierte Abgeordneter Schumacher (Soz.) gegen die Behauptung Steiners und erklärte, kein Sozialdemokrat habe Schulen angezündet und Barrikaden gebaut; dies seien Ausschreitungen halbwüchsiger Burschen gewesen. Der neue Statthalter Freiherr v. Bienerer wies die Behauptungen des Antragstellers, daß die Regierung die Ausschreitungen zu verantworten habe, als unzulässig und unbarbarisch zurück. Bienerer erklärte, das Militär sei die Wache hätten, ohne zu weit zu gehen, das Menschensmögliche getan. Daß es in Osterreich zu solchen Ausschreitungen kommen werde, sei nicht vorauszu sehen gewesen. Solche Ausschreitungen seien nicht das Mittel, die Leuzerungsfrage zu lösen oder die Regierung aufzurütteln, die alles tun werde, um helfend einzugreifen.

Aus Prag wird gemeldet: In der Sitzung des böhmischen Landtages am Mittwoch brachten die Abgeordneten einen Antrag auf Einleitung einer Kostensatzkommission ein. Die deutsch-politischen Kreise erblickten darin eine neue große Schwierigkeit, da durch eine Kostensatzkommission der Zweck der deutschen Abstruktion vernichtet werden würde.

Wien, 21. Sept. Aus Anlaß der heute nachmittag stattfindenden Beilegung des bei den Sonntagsunruhen getöteten Arbeiters Frobenberg hat die Polizei ein umfassendes Nachregeln getroffen, um jede unliebsame Störung im Reime zu verhindern.

### Nach Stolypins Code.

Aus Kiew wird gemeldet: Infolge der Bekanntmachung, daß der Zar der Bewilligung jede Eigenmacht und Benachteiligung von Bogromen auf strengste verboten hat, ist in der jüdischen Bevölkerung Kiews eine Bewegung eingetreten. Viele Juden, die aus Furcht vor Bogromen Kiew verlassen hatten, sind zurückgekehrt. Wie es heißt, ist der abgeleitete Kolcheseid Kufajko nach Petersburg berufen worden. Die Präsidenten sämtlicher monarchistischen Organisationen in Odessa fordern in den Zeitungen auf, den in der russischen Gesellschaft allgemein verbreiteten Gerüchten über bevorstehende Kundgebungen gegen die Juden nicht zu glauben. Die in der Abfertigung vor Geschwäftsleitern und Ordnung erregenen Mitglieder der Organisationen sind überzeugt, daß in Russland eine feste Macht vorhanden sei, die energische Maßnahmen zur Wahrung der Ruhe im Staate ergreifen werde.

### Stolypins Ueberführung.

Kiew, 21. Sept. Gestern nachmittag 2 Uhr erfolgte unter Teilnahme der städtischen Geistlichkeit, aller Behörden und Schulen die Ueberführung der Leiche Stolypins aus der Parafische nach dem Felsheres-Ritshof. Der Chef der Schara in Kiew ist verschwunden; man glaubt an einen Selbstmord.

Petersburg, 21. Sept. Gestern nachmittag ging ein Conbergzug mit Wägen und Damaabgeordneten nach Kiew ab. Im Bahnhof von Wilna wurde während der Durchreise mehrerer Großfürsten ein elegant gekleideter junger Mann verhaftet, der sich höchst auffällig und aufgeregt benahm. Der Unbekannte wurde durchsucht, man fand in seinen Kleidern einen scharf geladenen Browning und einen Dolch. Der Mann verweigert die Nennung seines Namens. Man glaubt, einen neuen Anschlag auf den Zar zu haben.

Ein Hochzeitsgesandtes von Kaiser Franz Josef. Wien, 21. Sept. Das Hochzeitsgesandtes des Kaisers Franz Josef an die Prinzessin Cita von Parma bei der Vermählung mit dem Czarensohn Karl Franz

Josef wird ein kostbares Diamantendiadem sein, dessen Wert auf 100 000 Mark geschätzt wird.

### Kleine Tagesnachrichten.

Auslandsbewegung. Aus Teplitz wird gemeldet: Infolge der Uneinigkeit unter den Bergarbeiterorganisationen entfiel die demnächstige Reichskonferenz über die Auslandsfrage. Die Wiener Christlich-Sozialen. Im christlich-sozialen Bürgerklub ist eine Spaltung eingetreten. Eine Gruppe von ca. 30 Gemeinderäten hat sich als deutschnationale Vereinigung konstituiert. Unglücksfall auf einem Kriegsschiff. Während des Beschießens des dritten Einriegelschraubers in Toulon zerbrach das Beschießstück eines Geschüßes auf dem Kreuzer „Gloire“. Ein Mann wurde getötet und fünfzehn verwundet.

## Kongresse und Verbandstage.

Flensburg a. S., 19. Sept. (Der Bezirksverband der Haus- und Grundbesitzervereine am Nordharz) zu dem die Vereine Halberstadt, Halberstadt, Flensburg, Osterode, Osterode, Quedlinburg, Thale und Wernigerode gehören, hielt am letzten Sonntag im Wölfschen Hotel hierseits seinen Herbstverbandstag ab. Aus der reichhaltigen Tagesordnung seien die wichtigsten Punkte hervorgehoben. Die Mitteilungen des Verbandsvorsitzenden erstreckten sich auf die Mitigation im Verbands, welche mit der vorursprünglichen Gründung von Hausbesitzervereinen in Schwandeb und Dingestadt mit Erfolg betrieben sei, auf die in einzelnen Vereinen neu geschaffenen Einrichtungen, die Werbestätigkeit in den Vereinen, die Beitritt des Verbandes an das Abgeordnetenhaus, die Beitritt des Verbandes an die Verhandlungen des Provinzialverbandes in Weiskensfeld. — Eine scharfe Aussprache rief die Schornsteinruhr-Angelegenheit und die Stellung des Provinzialverbandes zu dieser Frage hervor. Die Vereinsmitglieder stellten sich einmütig auf den Boden des Beschlusses des Halberstädter Vereins, der sein tiefstes Bedauern über die Haltung des Provinzialverbandes dieser so wichtigen Frage gegenüber zum Ausdruck gebracht hatte, und beschloß, der Anregung des Preussischen Verbandes zu folgen und nimmend selbstständig vorzugehen. — Die Versicherungsangelegenheit im Bezirksverbande ist so weit gediehen, daß im Winter mit dem Abfluß von Versicherungen vorgegangen werden kann. — In der Einquartierungsfrage haben 2 Vereine, Wernigerode und Osterode, die nötigen Schritte bei ihren städtischen Behörden getan und erreicht, daß die Einquartierungsamt auf die Schultern der Mieter gelegt wird. Den übrigen Vereinen wurde empfohlen, ein gleiches Ziel anzustreben. — Eine an den Bezirksverband ergangene Einladung zum Mittelverbandstag in Dresden und der von der Leitung der Mittelverbandesamts im Königreich Sachsen gesandte Beitritt zu dieser Vereinigung wird mit der Begründung abgelehnt, daß ein Hausbesitzerverband sich von politischen Mitigationen fernhalten müsse. — Auch der Auforderung zum Abfluß an den Zentralverband für Deutschland konnte nicht stattgegeben werden, da einmal der Bezirksverband ein Unterverband des Provinzialverbandes ist, zum anderen aber der Bezirksverband mit aller Energie den Ausbau einer stufenweisen Organisation aller Hausbesitzer (Zentralverband, Preussischer Verband, Provinzialverbände) zu verfolgen bestrebt ist. — Nachdem noch zum Vorort für die Hauptversammlung Halberstadt (Januar 1912) und für die Frühjahrsversammlung Osterode (Mai 1912) bestimmt war, wurden die Verhandlungen geschlossen.

## Kunst und Wissenschaft.

### Marion Lenbachs Hochzeit.

Nächstens wird sich Fräulein Marion Lenbach, des großen Malers Alfred Lenbachs aus seiner ersten Ehe, mit dem Oberleutnant Grafen Otto Basselet de la Kofse, persönlicher Adjutant des Prinzen Georg von Bayern, vermählen, denn sie seit etwa einem Jahre schon verlobt war. Fast mit Erstaunen haben wir, so bemerkt dazu die „B. Z.“ am „Mittag“, auf diese Weise vernommen, daß die hohe Heirat, die uns als Kind durch die Bilder ihres Vaters so wohl vertraut geworden, heute eine junge Dame ist. Unsere Vorstellung von einem Weibchen, dessen Erscheinung wir durch Kunstwerke von starkem Einprägungsfähigkeit einmal in uns aufgenommen haben, ist so merkwürdig gebunden, daß wir geneigt sind, zu glauben, er könne sich naher gar nicht verändern. Marion Lenbach — das ist für uns nicht so sehr eine lebendige Persönlichkeit als vielmehr — ein Bild! Das Bild eines Kindes, eines hüben und aparten kleinen Blonden! Und dieses Bild — heiratet nun? Sonderbar, höchst sonderbar.

Man denkt an die Strizzen und die großen Porträts. Da hat Lenbach sich selbst, mit Brille, Stirnlocke und fruppigem Vollbart, auf den Karten gezeichnet, wie er dem erstgeborenen Baby einen Zeller mit Kirchen hinhielt. Dann, in dem Bilde von 1886, wie er in runden Rahmen die etwa Vierjährige im zehenden Wintermütchen mit Pelslappchen auf dem Arme trägt, während die Kleine das Vermögen um seinen Hals schlingt. Dann wächst sie heran zu einem gebärenden Mademselchen mit dunklen Augen und unglaublich hellen, fast weißlichen Zehen, die wir und dicht über Stirn und Wangen bis zum schlanken Hals herabfließen. So sieht sie da, im zierlichen Kleidchen mit weißem Hüftgürtel, oder sitzt sie vor uns mit Fehrbuch und dreier Schärpe, wie eine der englischen Aristokratkinder, die Reynolds gemalt hat; oder erscheint sie mit den Eltern, mit der zweiten Herrin des Lenbachs Hauses, die ihr mütterlich innig vertraut ward, oder mit dem brünetten Schwelger Gabriele, das mit ihr einen so pikanten mäterlichen Kontrast bildete und heute noch bildet. Wirklich ein Prinzchen, von Würdigen umflossen.

Und das soll nun Bürgerlich getreten? Aber nein, denn nicht bürgerlich, denn es erhält einen Namen von so romanischem Klang wie ihn auch ein Märchenmärchen herbeizog und wohlthätiger nicht denken könnte. Obgleich in Wirklichkeit gemiß ein richtiger deutscher Leutnant ist, durch den die Tochter Lenbachs, der nur für sich und seine Gattin das „don“ führte, man

endgültig in den bayerischen Adel eingetrag — was händelnd übrigens auch als ein Zeichen für die enge Verbindung zwischen Aristokratie und Kunst interessiert, die in Deutschland — pardon! pardon! in München herrscht.

Weltberühmt. Für den Wettbewerb zur Errichtung eines eigenen Verwaltungsgedäudes der Handelskammer in Weimar sind als Preisrichter bestimmt Kommerzienrat Rodt-Zona, die Professoren Herrmann Hebel und Dr. Gabriel von Sahl, Hermann sowie Dr. Senholt in Weimar, Professor Schulze-Rausch und Kommerzienrat Westfälischer in Weimar. Der Preis beträgt 1500, der 2. 1000, der 3. 500 Mk., außerdem sind 1000 Mk. für den Ankauf von drei weiteren Entwürfen vorbehalten. Der Abfertigungstermin für sämtliche Entwürfe ist, was auf den 16. d. M. festgesetzt worden; sie sollen sämtlich öffentlich ausgestellt werden.

## Vermischtes.

### Der Dampfer „Olympic“ beschädigt.

London, 20. September. Das größte Schiff der Welt, der Dampfer der White-Star-Line „Olympic“, wurde heute, kurz nachdem er Southampton verlassen hatte, durch einen Zusammenstoß mit dem englischen Kreuzer erster Klasse „Hector“ in der Straße südlich d. S. d. „Olympic“, der um 11 Uhr 25 Minuten Southampton verlassen hatte, beaufschlagt in der Straße von Comes und dampfte gegen Southsea, das der Kreuzer, der von Westen kam, ihn überholte und an ihm vorbeizuging verurteilte. Der „Hector“ verfuhr zuerst am Bug des „Olympic“ vorbeizufahren, dann aber verminderte er seine Geschwindigkeit und rannte mit einer leichten Drehung unter furchterlichem Krachen in die Flanken des Dampfers. Unter den hauptsächlich aus heimtücklichen Amerikanern bestehenden Passagieren herrschte große Aufregung, obwohl kein ernstlicher Grund für eine Panik vorhanden war. Die Schotten des „Olympic“ wurden sofort geschlossen. Der „Olympic“ nahm viel Wasser ein, doch kehrte er ohne Hilfe langsam nach Southampton zurück.

Der „Olympic“ hatte 732 Passagiere erster Klasse an Bord. Dies stellt einen Rekord in der transatlantischen Schifffahrt vor. Mehr als 20 Millionen waren an Bord, deren Gesamtvermögen auf 2 Milliarden Mark geschätzt wird. Der Kreuzer „Hector“ hat bei dem Zusammenstoß schwer gelitten. Sein Bug ist eingedrückt und einige Klappen schwerer geladener Kanonen herab. Trotzdem konnte auch er ohne Hilfe weiterfahren. Er wird zur Reparatur in Portsmouth in Dock gehen. Der „Olympic“ blieb zunächst einige Stunden vor Comes liegen. Er mußte dann die Hilfe zweier Schlepper beanspruchen, die ihn nach Southampton zurückbrachten. Das Krachen beim Zusammenstoß war, wie berichtet wird, so laut, daß es in Comes gehört wurde, wo viele Zuschauer die Wurfel, das aus majestätischen schwimmenden Palastes beobachteten. Während des Zusammenstoßes herrschte leichter Nebel.

Verhaftung eines flüchtigen Bankiers. Aus Hamburg meldet der Draht: Der geflüchtete Bankier Ernst Friedländer ist an Bord eines holländischen Dampfers in New-York ermittelt worden. Auf Veranlassung des deutschen Konsuls muß er dem Dampfer die Rückreise antreten. Die verurteilten Summen sollen über 250 000 Mark betragen. Es ist jetzt festgestellt, daß auch Depotunterschlagen und Betrug vorliegen.

Der Schatz im Reichthum. Der Saugzwinger der letzten gezogenen Polener Ausstellungsloserei im Werte von 60 000 Mk. ist auf die Nr. 33 074 in eine Koflette in Oepfen gefallen; der glückliche Gewinner ist ein Herr G. in Malapane. Das Los wurde durch die mehrere Teile zerfallen, aus einem Düngepaßer zutage gefördert, von wo es kinder herabgeschüttelt hatten, um mit den bunten Papierstücken zu spielen. So kam es dem Herrn G. wieder vor Augen und, da die Nummer noch iserlich war, fragte er bei dem Oepfner Kollektor nach dem Schicksal seines Loses. Zu seiner nicht geringen Ueberraschung stellte sich heraus, daß das schon in den Reichthum geworfene Los einen Wert von 60 000 Mk. repräsentierte.

Großfeuer in einem Dampfwärmer. Großfeuer überhete das Dampfwärmerwerk von Fischer in Zellen bei Bad Brückenau ein. Der Schaden ist groß.

Von Wildbienen erachtet. Im Walde bei Dugawicz, an der schlesisch-russischen Grenze, ermordeten Wildbienen den Heger Makowski und zündeten dessen Haus an. Die Mörder entkamen.

Witbestürm in Italien. Die Wof. Bg. meldet aus Mailand: Die Gegend von Viti wurde von einem Witbestürm heimgesucht, der die berühmten Pitti-Sumante Weinberge vernichtete. Der Schaden beläuft sich auf eine Million Lire.

Ueberraschende Zustände in amerikanischen Schlachthäusern. Die „Frank. Ztg.“ meldet aus New-York: Das Bundesgesundheitsamt beschuldigt die Fleischexporteure Schwarz Brothers & Co. in New-York, eferregende Zustände in ihren Schlachthäusern gebildet zu haben. Zahlreiche nicht geschlachtete, sondern verendete Pferde seien für den Export nach Holland verwendet worden, um dort für menschlichen Konsum verarbeitet zu werden.

Leitung: Wilhelm Georg. Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; für Ausland und Letzte Nachrichten: Carl Weitzer; Geulleiten, Vermögenssachen usw.: Martin Feuchtwanger; für den Inseratenteil: Albert Barth. Druck und Verlag von Otto Sende. Sämtlich in Halle a. S.

— Diese Nummer umfaßt 12 Seiten. —

Kufeké Kinder-nahrung Kranken-kost. Harvomagend bewährte Nahrung. Die Kinder gedeihen vorzüglich dabei u. leiden nicht an Verdauungsstörung.

Verlangen Sie überall ausdrücklich das Fabrikat der Wolfram-Lampen-Aktion-Gesellschaft Augsburg.

Just Wolfram-Lampen sind gut und haltbar

